

Fragen

für die Fragestunde der 195. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Dezember 2008

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ackermann, Jens (FDP)	35, 36	Dr. Keskin, Hakki (DIE LINKE.)	22, 23
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15	Koppelin, Jürgen (FDP)	30, 31
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 46
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	43	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	26, 27
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Pau, Petra (DIE LINKE.)	16, 24
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	25	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Schewe-Gerigk, Irmingard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Heilmann, Lutz (DIE LINKE.)	44, 45	Schmitt, Heinz (Landau) (SPD)	9, 10
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 41	Dr. Schockenhoff, Andreas (CDU/CSU)	33, 34
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	6, 42
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	37, 38
		Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 32
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	5

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
**Peter
Hettlich**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ab wann ist aus jetziger Sicht der Bundesregierung die Sammlung Industrielle Gestaltung (SIG) als Dauerausstellung öffentlich zugänglich, und wie ist nach aktuellem Stand das Konzept des kulturpolitischen Umgangs mit dieser Sammlung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Liegen dem Bundesministerium der Justiz die Ergebnisse der im Oktober 2008 abgeschlossenen Studie „Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften“ vor, und wann werden sie veröffentlicht?
3. Abgeordnete
**Irmingard
Schewe-Gerigk**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Für welchen Zeitraum und aus welchem Grund ist das Staatsinstitut für Familienforschung der Universität Bamberg verpflichtet, der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Forschung vorzuenthalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) haben vor Juni 2008 mit welchen Personen aus der Atom- und Energiewirtschaft oder nahestehenden Verbänden, Organisationen, Instituten etc. ihr Wissen (das sie aus dem GSF-Quartalsbericht 1/2006 „Verfüllung des Tiefenaufschlusses“ oder durch Gespräche mit Personal des Asse-Betreibers erlangten) um radioaktiv kontaminierte Lösungen im Forschungsbergwerk Asse II kommuniziert, und welche schriftlichen Unterlagen gibt es hierzu?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 46.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

5. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über lange Bearbeitungszeiten bei der Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen in den einzelnen Bundesländern, und was hält sie davon gesetzlich eine allgemeine Bearbeitungsfrist einzuführen, um die Zeit zwischen der Beantragung des Ausweises und seiner Aushändigung auf wenige Wochen zu begrenzen, denn die gegenwärtige Regelung enthält lediglich eine Frist für die Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft, und das nur für Antragsteller, die erwerbstätig sind?
6. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung ihren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dem Bundestag zur Entscheidung vorlegen, und wie wird bei der Erarbeitung des Aktionsplanes die Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen entsprechend Artikel 4 Absatz 3 der Konvention gewährleistet?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

7. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wann soll nach Meinung der Bundesregierung die Umsetzung des Beschlusses aus dem Jahr 2007 zum Ausbau des Standortes des Julius Kühn-Institutes (JKI) in Kleinmachnow (ehemals Standort Ost der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft – BBA) erfolgen?
8. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt die im September 2008 laut Bundesministerium der Finanzen noch fehlende „haushaltsseitige Anerkennung“ des Bedarfs für das Institutsgebäude in Kleinmachnow durch das Bundesministerium der Finanzen mittlerweile vor?

*) Siehe hierzu auch Frage 42.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

9. Abgeordneter
Heinz Schmitt
(Landau)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Berichte der Zeitung „RHEINPFALZ am Sonntag“ vom 30. November 2008 für glaubwürdig, nach denen am 7. Oktober 2008 bei einer deutsch-niederländischen Luftwaffenübung über dem Raum Offenbach/Queich im Kreis Südliche Weinstraße, Rheinland-Pfalz, ein Zivilist durch Einsatz eines „Laser-Waffenleitsystems“ zu Schaden gekommen sein soll, und wenn ja, welche Schritte hat die Bundesregierung zur Aufklärung unternommen, bzw. welche Maßnahmen sind vorgesehen, um Wiederholungen zu vermeiden?
10. Abgeordneter
Heinz Schmitt
(Landau)
(SPD)
- Wenn die Bundesregierung die genannten Berichte nicht für glaubwürdig hält und nicht weiter verfolgen will, womit begründet sie diese Einschätzung und Vorgehensweise?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

11. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag von Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan, „... jedem Schulleiter und Universitätschef einen Betrag in die Hand (zu) geben, mit dem er seine Schule oder Hochschule renovieren und modernisieren kann“?
12. Abgeordnete
Priska Hinz
(Herborn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Grundlagen, auf denen Bundesministerin Dr. Annette Schavan die im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ vom 6. Dezember 2008 genannten Beträge von 100 000 Euro pro Schule bzw. 500 000 Euro pro Hochschule ermittelt hat?
13. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher konkrete Vorschlag verbirgt sich hinter der Aussage von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, der Bund brauche „... einen unbürokratischen Weg, um Mittel für Renovierung, Modernisierung und auch den Ausbau von Gebäudekapazitäten zur Verfügung zu stel-

len“ (Quelle: Interview mit Bundesministerin Dr. Annette Schavan in der Süddeutschen Zeitung vom 6. Dezember 2008 „Der 100 000 Euro Scheck“)?

14. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von der Bundesministerin Dr. Annette Schavan, dass sich die aktuelle Lage bezüglich der föderalen Kompetenzordnung in Bildungsfragen innerhalb der letzten Wochen entscheidend verändert hat, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie daraus (Quelle: Interview mit Bundesministerin Dr. Annette Schavan in der Süddeutschen Zeitung vom 6. Dezember 2008 „Der 100 000 Euro Scheck“)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

15. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was weiß die Bundesregierung über die Festnahme von Liu Xiaobo, und wie reagieren sie und die EU gegenüber der Regierung der Volksrepublik China?
16. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)
- Welche genauen Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass afghanische Polizeibeamte Minderjährige gefoltert haben sollen, und welche weiteren Kenntnisse hat die Bundesregierung über weitere Menschenrechtsverletzungen, die von afghanischen Polizeibeamten begangen worden sind?
17. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es ab Anfang 2002 doch Hinweise oder Informationen der US-Regierung an die Bundesregierung – ebenso wie an die spanische Regierung –, dass Lufttransporte Terrorismusverdächtiger z. B. aus Afghanistan nach Guantanamo und andere bekannte oder geheime Gefängnisse über Europa und Deutschland stattfinden, sowie Fragen nach Zwischenlandemöglichkeiten in Deutschland, wie im spanischen Außenministerium notiert worden sein soll mit Hinweis auf „verschiedene(n) Länder(n) an der Flugstrecke“ (vgl. FAZ, 1. Dezember 2008), und falls die Bundesregierung solche Information bzw. Anfrage seitens der US-Regierung erhielt, wie hat sie darauf reagiert?

18. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum will die Bundesregierung keinen Personalbeitrag gemäß der „Doss-Liste“ zur Aufstockung der MONUC leisten, obwohl der UNO-Generalsekretär mangels schnell verfügbarer Kapazitäten die EU offiziell um Unterstützung gebeten hat und die kongolesische Zivilbevölkerung in den Kivu-Provinzen weiterhin akuten Gewaltexzessen der Kriegsparteien schutzlos ausgesetzt ist?
19. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund unterstützt die Bundesregierung nicht mit hochrangigen Politikern vor Ort die Vermittlungsbemühungen des UNO-Sondergesandten Olusegun Obasanjo zwischen der kongolesischen Regierung und den Nkunda-Rebellen, zumal die aktuellen Friedensbemühungen in Nairobi wieder stillstehen, die Krisenbearbeitung in Kenia Anfang 2008 die Wichtigkeit einer starken, geschlossenen und koordinierten internationalen Gemeinschaft verdeutlicht hat und die Bundesregierung schließlich selbst betont, dass ein dauerhafter Frieden im Kongo einer politischen Lösung des Konflikts bedarf?
20. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um Druck auf den simbabwischen Staatspräsidenten Robert Mugabe auszuüben, damit dieser zum Rücktritt gezwungen wird?
21. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form unterstützt die Bundesregierung Bemühungen, damit in Simbabwe eine Übergangsregierung ohne Robert Mugabe eingerichtet wird und der Wählerwille von Mai 2008 respektiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von türkischen Migrantenverbänden in Deutschland (vgl. www.tgmn.de), dass sich in den zurückliegenden zwei Jahren rechte Gewalt zunehmend gegen Migrantinnen und Migranten mit türkisch-muslimischem Hintergrund richtet, vor dem Hintergrund, dass im Zeitraum von Februar 2006 bis April 2008 einer Auflistung der Türkischen Gemeinde Nürnberg zufolge 94 gemeldete Angriffe gegen türkische

Migrantinnen und Migranten, ihr Eigentum, ihre Vereinigungen und Moscheen in Deutschland registriert worden sind, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie hieraus?

23. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)

Welche notwendigen Schutzvorkehrungen sind bislang getroffen worden, um türkische Migrantinnen und Migranten, ihr Eigentum und ihre Vereinigungen und Moscheen vor der gestiegenen rechten Gewalt zu schützen, und sollten keine Maßnahmen ergriffen worden sein, welche Schutz- und Präventionsmaßnahmen wird die Bundesregierung beschließen, um Angriffe gegen türkische Migrantinnen und Migranten zu verhindern?

24. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Wurden in die polizeilichen Informationssysteme des „Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit“, in dem die Bundespolizei mitarbeitet, gezielte Daten von Personen aufgenommen, welche der Minderheit der Roma und Sinti angehören, und wurden diese besonders gekennzeichnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)

Wie wird nach der Neuregelung des § 35a des Einkommensteuergesetzes der Verzicht auf die Vorlagepflicht von Belegen bei Geltendmachung von Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse und Dienstleistungen sowie Handwerkerleistungen erreicht, dass tatsächlich nur getätigte Aufwendungen geltend gemacht werden, und wie wird das sichergestellt?

26. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass dem Bund seit 1991 rund 1,8 Mrd. Euro an Einnahmen entgangen sind, weil Einkünfte im Ausland nicht komplett dem Solidaritätszuschlag unterworfen werden, und wann wird die Bundesregierung die entsprechende Gesetzeslücke schließen?

27. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(DIE LINKE.)

Welche Empfehlungen hat der Nationale Normenkontrollrat zur Neuregelung der Erbschaftsteuer gegeben, und welche Empfehlungen wurden umgesetzt?

28. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Bürger muss der Steuerbescheid 2007 infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale rückwirkend geändert werden, und wie hoch sind die Bürokratiekosten zu veranschlagen, damit alle Bürgerinnen und Bürger ihre Steuerrückerstattung nachträglich erhalten?
29. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Steuerpflichtige haben die Aussetzung der Vollziehung beantragt, und wie viele Steuerpflichtige können jetzt noch nachträglich für die ersten 20 Kilometer ihren Anspruch geltend machen?
30. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Welche Auswirkungen wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale auf den Bundeshaushalt 2009 haben?
31. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Aus welchen Gründen war die Bundesregierung nicht in der Lage zu erkennen, dass die Neuregelung der Pendlerpauschale verfassungswidrig war?
32. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auflagen gemäß § 5 Absatz 2 bis 4 der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung (FMStFV) – insbesondere zu Vergütungshöhe, Abfindungen, Boni und anderen Vergütungsteilen von Organmitgliedern sowie zu Beschränkungen und Gestaltungen der Geschäftstätigkeit – hat die Bundesregierung nach ihren eigenen dahingehenden Ankündigungen („höchstens 500 000 Euro“; vgl. taz, 21. Oktober 2008) konkret denjenigen 15 Banken auferlegt bzw. wird dies tun, die seither staatliche Garantien sowie Eigenkapitalhilfen beantragten (vgl. Frankfurter Rundschau, 11. Dezember 2008), und ist die Bundesregierung gewillt, nach ihrer ablehnenden Antwort auf meine entsprechende Frage in der Fragestunde des Bundestages am 12. November 2008 (Plenarprotokoll 16/186, S. 19.924 D) nun zu beachten, dass derlei Auskünfte gemäß § 10a Absatz 2 Satz 1 FMStFG keineswegs ausschließlich dem „Soffin“-Kontrollgremium des Bundestages zustehen, sondern die gesetzlichen Kontrollrechte aller Abgeordneten und sonstigen Ausschüsse uneingeschränkt bestehen bleiben, zumal die Bundesregierung zu solchen Nachfragen Anlass gibt, etwa indem

sie trotz Rüge der EU-Kommission der Commerzbank zu wenig Kreditzinsen abverlangen wollte (Handelsblatt, 9. Dezember 2008)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

33. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bei der Entscheidung zum Aufbau der Datenbank „Arzneimitteltherapiesicherheit in Schwangerschaft und Stillzeit“ (Pressemitteilung des BMG vom 16. Oktober 2008) das Institut für Reproduktionstoxikologie in Ravensburg für eine Zusammenarbeit in Erwägung gezogen, und wenn nein, warum nicht?
34. Abgeordneter
Dr. Andreas Schockenhoff
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Förderung des Bundes für das vom Berliner Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie zusammen mit dem Labor für Online Learning der Technischen Fachhochschule in Berlin erstellte Datenbankprojekt „Arzneimitteltherapiesicherheit in Schwangerschaft und Stillzeit“, und erhält das Berliner Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie weitere Mittel aus dem Bundeshaushalt?
35. Abgeordneter
Jens Ackermann
(FDP)
- Wie häufig hat sich die Expertengruppe zur Novelisierung des Rettungsassistentengesetzes seit ihrer Einsetzung in welcher Zusammensetzung getroffen?
36. Abgeordneter
Jens Ackermann
(FDP)
- Wann ist mit einem Abschluss der Beratungen und der damit verbundenen Aufnahme des parlamentarischen Verfahrens zu rechnen?
37. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Ist mit der Besitzstandsregelung in § 13 Absatz 1 des Anti-D-Hilfegesetzes (AntiDHG) beabsichtigt gewesen, dass Personen dauerhaft bessergestellt werden als mit Berufsschadensausgleich (ehemals Bundesseuchengesetz), und falls ja, weshalb ist dann nur die Höhe der Leistungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des AntiDHG maßgeblich und nicht die Höhe der Zahlungen zum jeweils aktuellen Zeitpunkt?

38. Abgeordneter
**Frank
Spieth**
(DIE LINKE.)
- Kann sich die Bundesregierung vorstellen, dass Fälle existieren, nach denen die Leistungen nach Bundesseuchengesetz zwar zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des AntiDHG relativ niedrig waren, aktuell aber die Höhe der Zahlungen nach AntiDHG deutlich übersteigen würden und damit durch Inkrafttreten des AntiDHG de facto eine Verschlechterung der aktuellen Situation der Betroffenen eingetreten ist, und beabsichtigt die Bundesregierung diese Sachlage, die dem eigentlichen Zweck des AntiDHG, nämlich die Situation der Betroffenen zu verbessern, völlig entgegenläuft, zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

39. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum gestaltet sich die Zugänglichmachung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Pilotprojekte der Betreibermodelle zum mehrstreifigen Ausbau von Autobahnen so schwierig, obwohl eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/10001) von der Bundesregierung dahingehend beantwortet wurde, dass Daten dazu dem Parlament unter Wahrung der entsprechenden Vorgaben der Vertraulichkeit über den Haushaltsausschuss zugänglich seien, und wann rechnet die Bundesregierung mit der Möglichkeit der Einsichtnahme für Bundestagsabgeordnete in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Pilotprojekte der Betreibermodelle zum mehrstreifigen Ausbau von Autobahnen?
40. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein zweiter Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften erarbeitet wird, und wann rechnet die Bundesregierung mit der parlamentarischen Behandlung?
41. Abgeordneter
**Peter
Hettlich**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise prüft die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bzw. das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die ordnungsgemäße Verwendung von Finanzmitteln in den Wasser- und Schifffahrtsämtern, und welche Konsequenzen werden aus den bisherigen Ermittlungen gezogen, die zum Verdacht auf Korruptionsstraftaten im Wasser- und Schifffahrtsamt Berlin in diesem Jahr geführt haben?

42. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Bei welchen der im Jahr 2009 in Verantwortung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung liegenden Programme und Projekte ist – auch mit Blick auf die durch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gesetzten Maßstäbe – die Schaffung von Barrierefreiheit ein zwingendes Kriterium, bei welchen der Programme und Projekte ist es kein „Muss-Kriterium“?*)
43. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie ist der Sachstand des Streckenausbaus der Eisenbahnstrecke Dresden–Berlin, und in welcher Höhe sind Mittel dafür im Bundeshaushalt 2009 verankert bzw. vorgesehen?
44. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Würde die Bundesregierung die in Artikel 5 Absatz 2 des Staatsvertrags über eine feste Fehmarnbelt-Querung genannten Ausbauten auch dann realisieren, wenn es entgegen der Planungen auf Grund von Kostensteigerungen oder anderer zukünftiger Entwicklungen nicht zur Realisierung einer festen Fehmarnbelt-Querung kommen sollte, oder sieht sie dann dafür keinen Bedarf, und sieht die Bundesregierung die in Artikel 5 Absatz 2 des Staatsvertrags über eine feste Fehmarnbelt-Querung genannten Ausbauvorhaben ausschließlich im Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung?
45. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung geprüft, ob eine SUP-Pflicht (Strategische Umweltprüfung) nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vorliegt, und mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

46. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat das Helmholtz Zentrum München (HZM) gegenüber der jetzigen Bundesregierung – insbesondere gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, aber auch dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit –

*) Siehe hierzu auch Frage 6.

jemals oder eventuell sogar mehrfach den Wunsch geäußert, nicht mehr als Betreiber des Forschungsbergwerks Asse II fungieren zu wollen, und gegebenenfalls wie hat die Bundesregierung auf die vom HZM in diesem Zusammenhang angeführten Begründungen reagiert – insbesondere die Hausspitzen der genannten Bundesministerien?*)

47. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Seit wann liegen der Bundesregierung und ihren Behörden Hinweise darüber vor, dass das Endlager Morsleben einsturzgefährdet sein könnte, und seit wann liegen der Bundesregierung und ihren Behörden Erkenntnisse darüber vor, dass das Endlager Morsleben einsturzgefährdet ist?

48. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Erwartet die Bundesregierung durch Einpreisungen Mitnahmeeffekte für die Betreiber neuer Kohlekraftwerke, sollten neue Kohlekraftwerke infolge der aktuellen Beschlüsse der Europäischen Union zum Emissionshandel CO₂-Zertifikate kostenlos oder kostenermäßig zugeteilt bekommen, und falls ja, in welcher Höhe abhängig von Umfang und Dauer der kostenlosen oder kostenermäßigten Zuteilung?

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

